

## VERTRAULICH

Beauftragter für sicherheitspolitische  
Sonderfragen

3003 Bern, 30.5.91

## Ausbildungsprogramm SIPOLEX

Besuch bei SHAPE, NATO, EG und WEU; 12.-16.5.91; Reisebericht

### 1. Hintergrund

Im Rahmen des Ausbildungsprogrammes SIPOLEX des EMD wurde vom 12.-16.5.91 zum zweiten Mal ein Besuch in Brüssel bei SHAPE, NATO und EG abgestattet. Erstmals wurde zudem ein Besuch bei der WEU in London hinzugefügt, da diese Organisation offensichtlich im Rahmen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur eine gewisse Rolle spielen könnte.

Die Reise war erneut nur dank der tatkräftigen Unterstützung durch die schweizerische Botschaft in Belgien und unserer Vertretung bei der EG möglich, die wesentlich dazu beitrugen, dass Gesprächspartner sehr hohen Ranges (inklusive der Generalsekretäre von NATO und WEU) unsere Delegation empfangen. Gleichzeitig bewährten sich erneut die Beziehungsnetze, die wir in den vergangenen Jahren aufgebaut und gepflegt haben. Auch diese trugen wesentlich zum Empfang auf hohem Niveau und eine offene Sprache während der einzelnen Treffen bei.

Programm und Liste der Delegation finden sich in Anhang 1, ebenso eine Liste der Fragen, die der Delegationschef als Grundnachrichtenbedürfnis formulierte (und welche pragmatisch durch weitere Fragen, welche den in der Delegation vertretenen Dienststellen besonders wesentlich waren, von einem Tag auf den anderen ergänzt wurde).

### 2. Besonderes

- NATO-Generalsekretär Dr. Wörner äusserte deutliches Interesse daran, anlässlich eines privaten Aufenthaltes in der Schweiz informell mit höheren Entscheidungsträgern (C EMD, Staatssekretär Jacobi, etc.) zusammenzukommen, um aus erster Hand über die Entwicklung unseres Denkens im Bereich der Neutralitätspolitik zu erfahren.

Dieser Wunsch wurde unverbindlich, aber freundlich entgegengenommen und an den C EMD, bzw an unsere Botschaft in Belgien (die den Staatssekretär EDA umgehend informierte) weitergeleitet.

Grundsätzlich ist erneut auf den sehr grossen good will des NATO-Generalsekretärs gegenüber der Schweiz zu verweisen, der sich einerseits bereits in der Tatsache äusserte, dass die Delegation von ihm während mehr als 30 Minuten persönlich empfangen wurde, andererseits in der Wärme seines Tones und in der Offenheit der geäusserten Ansichten.

- Vice Air Marshal Woodford, einer der engen Mitarbeiter des SACEUR, zeigte dem Ausbildungsprogramm gegenüber sehr grosse Sympathie, was sich einerseits in seiner lockeren Bereitschaft, Informationen weiterzuleiten (hatte Text des 5. Entwurfes der neuen NATO-Strategie auf dem Tisch, ebenso des französischen Kommentars hierzu, und blätterte immer wieder gelegentlich in beiden Dokumenten), zu Ausdruck kam, andererseits dann in dem (über einen Mitarbeiter vorgebrachten) Wunsch, auch einmal als Referent zum wissenschaftlichen Ausbildungsteil des Programmes nach Genf als Referent geladen zu werden.

Vice Air Marshal Woodford ist von uns zwischenzeitlich zur Golf-Lehren-Konferenz vom 3.-5.7.91 in Bern eingeladen worden und wird regelmässig als Referent ins Ausbildungsprogramm nach Genf eingeladen werden.

- Der Stabschef der WEU, Williams, zeigte sich zuerst etwas unsicher, weshalb eine schweizerische Delegation die WEU besuche (und erst noch



VERTRAULICH

- 2 -

offenbar deren Generalsekretär sehr gut kenne). Dann folgte - nach einer sehr defensiven Informationsblock - ein sichtliches Interesse an derartigen Kontakten, das zunehmend auch gepaart war mit dem Wunsch, der schweizerischen Delegation "Messages" mit auf den Weg zu geben - insbesondere den Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Schweiz auf internationaler Ebene (zB Stellung von Transportkapazitäten für die Kurdenhilfe).

Diese letzteren Aeusserungen von Williams erfolgten während eines gemeinsamen Mittagessens zwischen Williams und der schweizerischen Delegation, an dem der schweizerische Delegationschef (der wegen eines Termines etwas früher in die Schweiz zurückkehren musste) nicht mehr teilnahm. Der am Essen teilnehmende ranghöchste Vertreter der AFM, Herr Rösli, übernahm es, Williams die offizielle schweizerische Position in dieser Frage darzulegen.

### 3. Erkenntnisse

#### 3.1. Neue NATO-Strategie und Streitkräftestruktur

(Auskunftspersonen: Woodford, Lightburn)

Ausgangspunkt der Diskussionen war der 5. Entwurf des neuen NATO-Strategie-Konzeptes ("The new alliance strategic concept") - ein Schriftstück von schätzungsweise 15-30 Seiten Umfang. Inhaltlich unterscheidet sich dieses nicht wesentlich von der Londoner Gipfelerklärung vom vergangenen Juli, sage aber alles einfach mit mehr Worten. Frankreich arbeite seit dem 3. oder 4. Entwurf informell (über den Stv Chef seiner Liaison-Verbindung bei SHAPE) ebenfalls an diesem Entwurf mit (ein französischer Kommentar zum 5. Entwurf im Umfang einiger weniger handschriftlicher Seiten wurde uns gezeigt, konnte von uns aber - wie der 5. Entwurf selbst - nicht gelesen werden). Dieser Entwurf sollte dann Ende Monat den Verteidigungsministern zu Prüfung unterbreitet, im November vom NATO-Gipfel verabschiedet werden.

Den Hintergrund dieses neuen Konzeptes stellt der Uebergang von Bedrohungen zu Risiken als wesentlichstem Herausforderungselement dar (vgl. auch Aussagen von Botschafter Wegener hierzu in Beilage Nr. 2). Insgesamt wird zwischen 4 Herausforderungen unterschieden:

- (1) Residual Soviet military threat. Dieser wird nicht mehr als allzu hoch eingestuft. Die sowjetische militärische Bedrohung sei verschwunden und werde auch nicht wiederkommen - ja, die UdSSR, deren Streitkräfte stark schrumpfen dürften, könnte gar in den kommenden Jahren ihre Kriegsführungsfähigkeit verlieren (die Spezialisten der Soviet Studies Study Group von SHAPE sahen - als einzige - dies etwas anders und sprachen von einem "Defense Programme 2000", das von den sowjetischen Streitkräften ausgearbeitet und von Gorbatschew gebilligt worden sei und dessen Kernpunkt sei, dass die sowjetische Armee weiterhin am Konzept der strategisch-operativen Offensive festhalten müsse). Die verbleibende sowjetische Bedrohung stellte gewissermassen die Basislinie dar, an welcher die nach wie vor notwendigen Verteidigungsanstrengungen der NATO zu messen seien.
- (2) Instabilität und Unsicherheit in Europa (Jugoslawien, die innere Lage in der UdSSR und deren unsichere Grenzen, ethnische und religiöse Spannungen, die drohende wirtschaftliche Ost-West-

## VERTRAULICH

- 3 -

Spaltung Europas).

- (3) Out-of-area-Probleme (Golf, NATO-Peripherie)
- (4) Out-of-area-Probleme im weiteren Sinne (auch jenseits der eigentlichen NATO-Peripherie) wie Proliferation, Terrorismus, Migration.

Die drei letzteren dieser vier Herausforderungen seien die wahrscheinlichsten. Sie würden massgeblich auch die Streitkräfteplanung beeinflussen (inklusive Verstärkung des Elementes der schnellen Eingriffsmittel).

Die neue NATO-Strategie unterscheide sich von ihrer Vorgängerin wahrscheinlich vor allem in zwei Punkten (zudem auch in der Sprache):

- (1) Das alte Konzept von "Defence and Dialogue" werde neu durch eine Triade ersetzt:
  - Cooperative attitude to security (also dem Wunsch, mit den früheren Mitgliedern des östlichen Militärbündnisses so eng wie möglich zusammenzuarbeiten)
  - Das alte Konzept des Dialoges (mit Betonung auf Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Massnahmen, Transparenz, dem Wunsch, conflict through accident verhindern zu können)
  - Sufficient Defence
- (2) Die Notion eines europäischen Verteidigungspfeilers (wobei hier die Ansichten klar und stark divergierten).

Sprachlich sei der Kalte Krieg aus dem Dokument verschwunden. Verschwunden seien aber auch viele altbekannte Termini (ohne dass immer klar wäre, was jene Termini, die sie ersetzten, genau bedeuteten), zB:

- (1) Man spricht nun nicht mehr von Forward Defence (die nach dem Verschwinden der innerdeutschen Grenze aus den Angeln gehoben sei), sondern von Forward Presence.
- (2) Man spricht auch nicht mehr von Flexible Response, sondern von Kernwaffen als weapons of last resort. Hierbei wisse im Grunde niemand, was die beiden Termini wirklich unterscheide. Semantisch habe man einfach Flexible Response nicht mehr halten können. Politisch dürfte der Wandel bedeuten, dass schliesslich sämtliche Kernwaffen mit Ausnahme luftgestützter und einiger seegestützter Systeme verschwinden dürften, wobei die nuklearen Artilleriegeschosse sogar wohl einseitig abgebaut würden (man hoffe, auch die UdSSR entschliesse sich zu diesem Schritt, habe für ein entsprechendes sowjetisches Verhalten aber keine nachrichtendienstlichen Hinweise). Die Lance-Modernisierung sei begraben. Die Beschaffung von TASM wäre notwendig. Die Politiker gingen diesem heissen Eisen aber tunlichst aus dem Weg.
- (3) FOFA werde wohl zu überprüfen sein, da es in kein einziges Szenario mehr so richtig passe.

Bleiben würden die folgenden Grundpfeiler der Allianz-Strategie:

- (1) Das Konzept der Verteidigungssolidarität (ein Angriff auf einen Bündnispartner stellt einen Angriff auf das gesamte Bündnis dar)
- (2) Die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen (Die US Präsenz bleibt politisch und - angesichts der militärischen Restkapazität der UdSSR - auch militärisch notwendig; die amerikanische Präsenz werde aber auf 70'000-150'000 Mann reduziert werden und nur noch 1 Korps HQ, 2 Divisionen, 4 Geschwader Kampfflugzeuge sowie eine

## VERTRAULICH

- 4 -

6. Flotte mit einem Träger, dem gleichen Marines-Kontingent wie heute, aber weniger Begleitschiffen umfassen).

- (3) Am konventionellen/nuklearen Waffenmix werde festgehalten werden.
- (4) Out-of-area-Operationen würden für die NATO wohl heikel bleiben. Eine Ausdehnung des Bündnisgebietes sei nicht angestrebt oder denkbar.
- (5) Die NATO werde der wesentliche Verteidigungspfeiler der neuen europäischen Sicherheitsordnung sein und Stabilitäts-Effekte indirekt auch jenseits der eigenen Bündnisgrenzen haben.

Ein Einsatz von C-Waffen werde in jeder Form ausgeschlossen werden (die USA hätten am 13.5.91 beschlossen, ihre gesamten C-Bestände binnen 10 Jahren zu vernichten). Notwendig bleibe hingegen ein C-Schutz (vgl. auch Lehren des Golfkrieges).

Die NATO-Streitkräftestruktur werde zur Zeit ausgearbeitet. Ueber viele Details werde hier noch heftig im Vorfeld des Verteidigungsministertreffens gestritten (so stehe zB am Abend des 15.5.91 eine Aussprache zwischen den Verteidigungsministern King und Stoltenberg bezüglich der Kommandostruktur des neu zu schaffenden schnellen Eingreifkorps bevor). Grundsätzlich klar sei, dass die Streitkräftebestände um rund 50 % reduziert würden (also noch unter CFE absinken würden). Klar sei auch, dass die Streitkräfte neu in drei Kategorien eingeteilt würden:

- (1) Ein Rapid Reaction Corps (mit einer immediate reaction Komponente, primär bestehend aus einer verstärkten ACE Mobile Force) im Umfange von 70-75'000 Mann.
- (2) Main Defence Forces (welche in Friedenszeiten nicht die vollen Personalbestände aufweisen würden)
- (3) Augmentation Forces (worunter keineswegs nur nordamerikanische Verstärkungen zu verstehen seien [die Zeiten, in denen man auf 10 zusätzliche US Divisionen habe zählen können, seien vorbei; Kanada erwäge, bis 1995 alle seine Verbände - ev mit Ausnahme eines Bat, das grossspurig als Div (-) bezeichnet werde - aus Europa abzuziehen]. Vielmehr würden solche Augmentation Forces gerade auch in Europa selbst zu generieren sein.)

Zu der Streitkräftestruktur wurde im einzelnen folgendes ausgesagt:

- (1) Während klar sei, dass die Bestände um rund 50 % schrumpfen würden, habe man Mühe, die Zahl der Korps zu reduzieren, da jedes Land zwar abbauen, aber nicht seine Korpsstäbe verlieren wolle und überhaupt sehr daran interessiert sei, wesentliche Kommandostellen zu behalten. Man denke daran, die Kdo-Stellen in AFCENT (die beiden ATAF und die beiden Army Groups) als zwischengeordnete Kdo-Stellen aufzuheben, werde aber an den grossen Kommandos (AFCENT, AFNORTH, AFSOUTH, etc.) festhalten. Die ersten nationalen Vorstellungen hätten aber einen Anstieg der Zahl der "Divisionen" von 46 auf 81 gebracht (zB kanadische "Div"). Das habe man nun wieder reduzieren können. Dennoch sei es möglich, dass man im Raum AFCENT am Schluss nur 1 Korps weniger als bisher habe (7 statt 8, wegen Wegfalles 1 US Korps). Im Text gehe man aber vorderhand von 6 Korps aus.
- (2) Diese 6 Korps würden, falls es zu ihnen komme, wie folgt aussehen:
  - 1 Rapid Reaction Corps: Primär das britische Korps (mit zwei

VERTRAULICH

- 5 -

britischen Divisionen - darunter der in Deutschland verbleibenden Panzerdivision - sowie bis zu zwei weiteren, multinationalen "Divisionen"). Dieses Korps dürfte als HQ das traditionelle britische HQ haben. Deutschland wolle aber ein multinationales Kommando (Gegenstand des Gespräches King-Stoltenberg). Wahrscheinlich sei, dass man zwei HQ schaffe, nämlich das traditionelle britische unter einem britischen Kommandanten sowie zusätzlich ein multinationales Task Force Headquarter, welches alle möglichen Szenarien (inkl. humanitären und anderen nicht rein militärischen Szenarien) untersuche und plane. Im Falle einer Doppelunterstellung des Korps unter die WEU könnte dieses Task Force Headquarter dann spezifische Task Force (allenfalls auch unter Zuzug weiterer, dem Korps normalerweise nicht angehörender Komponenten) für die jeweiligen Einsätze bilden. Zu diesem Korps würden auch amerikanische Luftmittel gehören.

4 Main Defence Forces multinationale Korps, die aber meist nationale Korps blieben, denen man einfach einige zusätzliche Einheiten anderer Nationen unterstelle. Diese 4 Korps würden aus 2 primär deutschen Korps (1 in Norddeutschland, 1 in Süddeutschland), 1 primär amerikanischen Korps (verstärkt durch deutsche Kontingente), 1 primär niederländischen Korps (verstärkt durch belgische Verbände) bestehen. Man erwäge auch 1 spanische Div für den möglichen Einsatz in Mitteleuropa vorzusehen.

1 drittes deutsches Korps in der ehemaligen DDR (mit HQ in Potsdam), welches nicht der NATO assigniert sein werde.

[Die Verteidigungsminister hielten später am belgischen Korps fest.]

Man denke auch daran, das italienische Korps beizubehalten.

Aenderungen werde es zudem im Bereich des NATO-Infrastruktur-Programmes geben. Dieses werde kaum auf dem gegenwärtigen Niveau (2 Mrd \$ pro Jahr) gehalten werden. Zudem würden die Mittel auch anders verwendet werden dürfen. Man könnte sich zB gemeinsame Programme im Bereich der Verifikation denken.

Grundsätzlich werde eine stärkere Einbeziehung ziviler Mittel (Flz, Schiffe, Feuerwehren, etc.) ins Auge gefasst, um auch so im militärischen Bereich abspecken zu können.

Schliesslich werde, angesichts der längeren Vorwarnzeiten, auch ein Wandel in dem Sinne stattfinden, dass man Munitionsreserven und andere Lagergüter zugunsten einer erhaltenen Produktions-Surge-Capability reduzieren werde.

### 3.2. Rüstungskontrollverhandlungen

Vgl. hierzu separaten Bericht von Hptm Rösli, AFM, in Beilage Nr. 3 sowie Photokopien der Folien, die vom Rüstungskontroll Experten von SHAPE verwendet wurden in Beilage Nr. 4.

### 3.3. Einschätzung der UdSSR

Die allgemeine Einschätzung der Lage der UdSSR war durch ausgeprägten Pessimismus gekennzeichnet. Das Land stehe nicht nur in einer Krise, sondern möglicherweise gar vor der völligen Desorganisation und Desintegration. Dies beinhalte, angesichts des grenzüberschreitenden Charakters vieler sowjetischer Probleme, auch Risiken für die Nachbarn und Europa. Insgesamt sei aber die sowjetische militärische Bedrohung definitiv verschwunden. Das Land würde, selbst falls

## VERTRAULICH

- 6 -

es sich wieder auffangen könnte, 10-15 Jahre um wieder zu einer wirklichen Bedrohung zu werden. Wahrscheinlicher sei, dass es seine Kriegsführungsfähigkeit verliere (hier divergierten die militärischen Sowjetunion-Experten von SHAPE sehr stark in ihrer Ansicht von der Sichtweise der politischen NATO).

Die Annäherung von Gorbatschew und Yeltsin wurde zwar als positiv, aber kaum als wesentlicher Durchbruch angesehen. Es bleibe abzuwarten, ob nun konkrete Massnahmen folgen würden (und wenn ja, welche). Der nächste Winter dürfte kaum weniger schwierig sein als dies der letzte war. Auch das politische und nationalistische Spannungspotential im Lande reduziere sich nicht oder kaum wesentlich.

#### 3.4. Verhältnis zu Mitteleuropa

Allgemein wurde die Notwendigkeit Mitteleuropa tatkräftig zu unterstützen anerkannt. Als bedrohlich wurde der Kurswechsel der UdSSR gegenüber Mitteleuropa im sicherheitspolitischen Bereich eingeschätzt. Dieser Kurswechsel sei das Produkt von Sitzungen im sowjetischen Aussenministerium sowie des ZK [dessen Bedeutung hier aber wohl überzeichnet wurde] und komme deutlich auch in den jüngsten sowjetischen aussenpolitischen Stellungnahmen, insbesondere einer Rede von Vize-Aussenminister Kvisinzky in Prag (anlässlich eines Treffens der 22 sowie Oesterreichs) zum Ausdruck (Text der Rede Kvisinzkys in Beilage Nr. 5).

Hier muss der Westen, das war bei allen besuchten Organisationen zu hören, Gegensteuer geben. Die NATO will anlässlich des nächsten Treffens der Aussenminister in Kopenhagen, anfangs Juni, hier Signale aussenden (vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen von NATO-Generalsekretär Wörner gegenüber der Delegation in Beilage Nr. 6 sowie auch seine Rede in Prag in Beilage Nr. 7). Grundsätzlich will die NATO hierbei der UdSSR klar machen, dass sie bereit ist, die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu respektieren, den Bogen daher nicht etwa durch eine Uebernahme der ehemaligen Bündnispartner der UdSSR zu überspannen beabsichtigt, aber gleichzeitig auch von der UdSSR erwartet, dass diese nicht versucht, den ehemaligen Bündnispartner mittels ungleicher bilateraler Verträge im sicherheitspolitischen Bereich einen Status der beschränkten Souveränität aufzuzwingen. Halte die UdSSR an letzterem Kurse fest, so würde sich, das mache man der UdSSR im privaten Gespräch äusserst deutlich, die NATO auf Dauer nicht in der Lage sehen, an der gleichgewichtigen Behandlung der Mitgliedstaaten des ehemaligen östlichen Bündnisses in der seit London existierenden Liaison Policy festzuhalten. Ganz konkret heisse dies, erklärte der NATO-Generalsekretär im vertraulichen Gespräch, dass man sogar die Politik, Polen, Ungarn und der CSFR den Bündnisbeitritt zu verweigern, zu überprüfen gezwungen sein könnte.

Die EG handelt gegenwärtig Assoziationsverträge mit Polen, Ungarn und der CSFR aus, die voraussichtlich auf den 1.1.93 in Kraft treten werden. Der zuständige Sachbearbeiter der EG las der Delegation direkt aus diesen Vertragsentwürfen, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind, jene Passagen vor, die sich auf den sicherheitspolitischen Bereich beziehen. In jedem dieser drei Verträge wird die Sache etwas anders angepackt (teils in der Präambel, teils im operativen Text). Die verwendeten Formulierungen selbst sind äusserst schwammig. Politisch wesentlich ist jedoch, dass in allen diesen Verträgen das Wort "Security policy" oder "security interests" überhaupt auftaucht. Die EG denkt aber (noch?) nicht daran, im Falle

VERTRAULICH

- 7 -

anhaltenden sowjetischen Druckes auf Polen, Ungarn und die CSFR die UdSSR hierfür mit Sanktionen zu bestrafen. Die EG hat im Gegenteil ein Hilfsprogramm für die UdSSR im Gesamtwert von 1 Mrd ECU in Vorbereitung.

Die WEU, auf der Suche nach neuen Aufgaben, sieht die Probleme Mitteleuropas und zögert nicht, sich dort mögliche Aufgaben zuzuordnen. Der WEU-Generalsekretär hat Informationsreisen nach den mitteleuropäischen Staaten unternommen. Vertreter der drei mitteleuropäischen Staaten wurden als Beobachter zu den Sitzungen der (parlamentarischen) West European Assembly zugelassen. Das neu gegründete WEU-Forschungsinstitut in Paris (unter Dr. John Roper) hat unlängst eine informelle Tagung auf hohem Niveau zwischen Vertretern der WEU und den drei mitteleuropäischen Staaten durchgeführt (ganz analog zum Ansatz unserer Ressortforschung) und plant hier einen follow-up. Vor allem aber erklärt der WEU-Generalsekretär, dass - da nun NATO und UdSSR nur noch in der Türkei und in Nordnorwegen aneinandergrenzen - beinahe jegliche Aktion der NATO per definitionem eine out of area operation sei (über welche innerhalb der NATO nur schwer Konsens zu erreichen ist). Das schliesse gerade auch Mitteleuropa ein (in welches die NATO aus Rücksicht auf die UdSSR nicht hineinstossen sollte). Die WEU aber könnte, da (aus seiner Sicht) weniger belastet als die NATO dort durchaus selbst mit Truppenkontingenten aktiv werden - etwa mit forces interposés zwischen Ungarn und Rumänien im Falle eines ungarisch-rumänischen Konfliktes mit Eskalationspotential. Die WEU schliesst also eine direkte Engagierung in Mitteleuropa nicht aus (wohl aber eine Aufnahme der mitteleuropäischen Staaten in die WEU - zumindest in der absehbaren Zukunft). Die NATO, auf solche Pläne angesprochen, zeigt sich deutlich zurückhaltend. Einerseits wird bezweifelt, dass die WEU für die UdSSR akzeptabler wäre als die NATO, andererseits wird - zu recht - darauf hingewiesen, dass die WEU keinerlei Kontingente (selbst wenn sie wirklich eines Tages solche haben sollte) ohne amerikanische Lufttransportkapazität und andere amerikanische Unterstützung nach Mitteleuropa transportieren oder dort installieren könnte.

### 3.5. Neue europäische Sicherheitsordnung

Hiervon wurde in allen besuchten Organisationen sehr viel gesprochen - ohne dass allerdings deswegen die Konturen dieser neuen Sicherheitsordnung zwingenderweise sehr viel klarer geworden wären. Sie bleibt grundsätzlich ein Fernziel. Die Gegenwart aber wird durch handfestere Interessen dominiert.

Wie die Kräfte im Dreieck NATO-WEU-EG letztlich zu verteilen seien, bleibt umstritten und wird von jeder dieser Organisationen anders gesehen. Als gemeinsamer Nenner erscheint die Aufwertung der WEU zu einer "Brücke" zwischen NATO und EG. Hiermit zeigten sich alle Organisationen (zT als erstem Schritt, zT aber als Maximum) grundsätzlich einverstanden. Konkret implizierte dies, dass die WEU von London nach Brüssel übersiedelt, ihre Eigenständigkeit bewahrt (also nicht von der EG einfach aufgesogen wird) und dann eine Art Kristallisationspunkt für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Anliegen der EG innerhalb der Meinungsbildungsprozesse der NATO (zB durch vorhergehende Sitzungen der WEU-Mitglieder der NATO vor NATO-Sitzungen) würde. Im Detail gehen dann aber die Meinungen bereits sehr schnell auseinander.

Ein auf den ersten Blick trivialer, in Wirklichkeit zentraler Streitpunkt ist, wer als Botschafter bei der WEU in Brüssel akkreditiert werden soll: Der Stv des permanenten Vertreters bei der NATO oder

VERTRAULICH

- 8 -

der ständige Vertreter bei der EG oder ein unabhängiger Dritter (oder soll jedes Land dies einfach selbst festlegen)? Für die NATO, dh ganz konkret für die USA, Grossbritannien und die Niederlande kommt nur der Stv des permanenten Vertreters bei der NATO in Frage. Frankreich und Belgien drängen auf den EG-Vertreter. Deutschland und einige andere nehmen eine Mittelposition ein. An dieser Frage ist die letzte Sitzung der WEU aufgelaufen (man trennte sich Ende April ohne Entscheid, nachdem sich Frankreich und Grossbritannien erheblich in die Haare geraten waren). Ein Entscheid, ob man überhaupt nach Brüssel umsiedeln kann (was in der Ausführung dann etwa ein Jahr beanspruchen dürfte) kann vor Klärung dieser Frage nicht gefällt werden. Die WEU hofft auf einen Vorentscheid im Juni, auf einen definitiven Entscheid bis Oktober.

Im Grunde geht es hier um sehr langfristige, gleichzeitig handfeste Interessenskonflikte. Frankreich will den EG-Vertreter, weil es letztlich die EG (die von ihm stärker dominiert wird) zum europäischen Pfeiler machen will. Auch das hat seine ganz konkreten Hintergründe. Ein hoher französischer EG-Beamter (Clairet) gab der Delegation während rund 90 Minuten ein sophistiziertes Argument, weshalb die EG sich auch zur Verteidigungsunion entwickeln müsse (und nicht etwa die EPU bloss durch eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik ergänzt und konkretisiert werden solle). Er begann dieses Argument mit Artikel 223 der EG-Verträge (Verteidigungsindustrie) und baute alle seine Argumente dann (in bewunderswerter, bürokratisch gefärbter Manier) auf diesem Punkte auf. Beim Mittagessen im privaten Kreis bekannte er dann aber schnell wirkliche Farbe: Aus französischer Sicht sei die Sachlage sehr einfach. Deutschland habe sich vereint und drohe übermächtig zu werden. Die Regierung Kohl/Genscher sei bereit, einen integrationspolitischen Preis für die Wiedervereinigung zu bezahlen, brauche auch die Hilfe der Partner, um die DDR schnell zu verdauen (und zwar in einer Form, die ihr nicht die nächsten Wahlen koste). Dies müsse man nun ausnutzen, indem man die deutschen Streitkräfte (ein Korps sei ja nicht einmal der NATO assigniert; die Deutschen hätten erstmals seit 1945 wieder eine eigene Armee) sofort in den europäischen Verbund einbinde. Gelingen es nicht, hier einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen, so hätten die Deutschen in 10 Jahren die DDR verdaut und wären dann zu keinerlei Konzessionen mehr bereit. - Dann hätte die Schweiz wirklich einen Grund, neutral zu bleiben. Man müsse ganz einfach die Gunst der Stunde nutzen.

Grossbritannien will aber die Integration der WEU in die EG keinesfalls - und zwar einerseits deswegen nicht, weil es nicht die USA aus Europa ausgeklammert sehen will (die französische Politik enthält - neben dem Bemühen, Deutschland einzubinden - stets auch eine deutliche anti-amerikanische Spitze; letztlich ist der französische Einfluss nur in der EG dominant), andererseits deswegen nicht, weil es die EPU gar nicht zwingenderweise will (Westminster will sich nicht durch den französischen Staatspräsidenten Vorschriften machen lassen). Die Niederlande sehen die Dinge exakt wie London. Deutschland laviert und will es mit niemandem verderben (weiss allenfalls sogar, dass seine Stellung, falls die Sache nicht entschieden wird, längerfristig nur stärker werden kann).

Der Eindruck, der der Delegation verblieb, war, dass hier sehr heftig diskutiert wird, aber Ergebnisse nicht zwingenderweise wirklich sicher sind. Da ist einmal auf das Problem der sich überlappenden Kreise zu verweisen. Wohl sind alle Mitglieder der WEU gleichzeitig auch Mitglieder der EG und der NATO; aber nicht alle Mitglieder der EG sind auch Mitglieder der NATO (und umgekehrt). Das wirft Fragen der Marginalisierung auf (soll etwa die Türkei oder Norwegen zum Bündnis-



## VERTRAULICH

- 9 -

partner zweiter Klasse werden? Wie wären die USA in der Lage, einerseits Einfluss zu behalten, andererseits zum Verbleib in Europa zu bewegen?). Ferner besteht weder in der WEU, noch in der EG wirklicher Konsens (die Mitglieder sind ja zumeist auch Mitglieder der NATO). Schliesslich dürfte Frankreich, das war erföhlbar, nach seiner ersten Breitseite in dieser Frage durchaus letztlich bereit sein, Wasser in seinen Wein zu schütten. Man könnte sich durchaus mit der Verteidigungsunion als irgendwie schwammig fixiertes Fernziel (dem Deutschland aber grundsätzlich zugestimmt hätte - ein versprechen, an das man jede Nachfolgeregierung erinnern könnte) einverstanden erklären und dann der Brücke als Idee für die nahe Zukunft zustimmen (wobei man dann immer noch den EG-Botschafter bei der WEU akreditieren und zusätzliches Störpotential aufbauen könnte).

Fazit: Sofern etwas kommt, kommt die Brücke (aber eher mit Komplikationen und nicht vor Ende 1992 in der Realität, vor dem Herbst 1991 im Entschluss).

Wesentlich ist hingegen, dass alle betroffenen Parteien (ausser dem bürokratischen Teil der EG - im Gegensatz zu deren politischem Teil um Delors) dem Konzept der Neutralität äusserst skeptisch gegenüberstehen.

Wiederum hat dies völlig triviale Gründe:

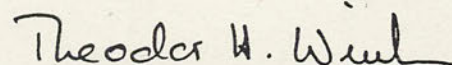
- (1) Die Rhethorik, die Gegensätze seien in Europa überwunden und die Neutralität habe daher ihre klassische Rolle verloren (vgl. zB die Aeusserungen Wegeners), mag man glauben. Sie wirkt dennoch eher vorgeschoben.
- (2) Die EG um Delors will Deutschland einbinden. Dazu braucht es zumindest die Zielvorstellung der verteidigungsunion. Dies aber schliesst aus, dass man Neutralität als Dauerzustand in der EG akzeptieren kann (allenfalls ist sie als zeitlich begrenzte Uebergangsphase tolerierbar).
- (3) Die WEU will sich eine neue - und nun wesentliche - Aufgabe nach beinahe 50 Jahren des Dornröschenschlafes geben. Sie sucht Aufgaben und Tätigkeitsfelder. Hierzu kann man Neutrale (auch nicht in der EG) nicht gebrauchen. Der WEU-Generalsekretär war in seinen Aeusserungen kristallklar, dass er eine Erweiterung der EG um Neutrale Staaten strikte ablehnt.
- (4) Die NATO aber befürchtet, dass die EG über die Brücke der WEU in ihre Entscheidungsprozesse hineinwirken will. Sofern die WEU selbstständig bleibt und in ihr die NATO-Botschafter den Ton angeben, mag man mit dem Gedanken der Brücke gerade noch leben. Wird aber die WEU zur EG hingezogen, nimmt die EG Neutrale auf, so könnte die Situation entstehen, dass Neutrale (die nicht marschieren wollen), darüber entscheiden, ob diejenigen die marschieren können, marschieren sollen oder dürfen (vgl. Text Wegener, aber auch Text Wörner). Dies hinzunehmen ist man keinesfalls bereit und wehrt sich dagegen - sozusagen präventiv - gegen den Beitritt von Neutralen zur EG.
- (5) Das bedeutet in keinem Falle, dass man etwas gegen die Schweiz in der EG hätte. Es bedeutet aber sehr wohl, dass man sehr wahrscheinlich von der Schweiz verlangen wird, ihre Neutralität, will sie Mitglied der EG werden, binnen eines bestimmten Zeitraumes aufzugeben - oder aber sie zumindest zu qualifizieren. Zumindest wird man von uns einen "Etiketten-Schwindel" erwarten: Wir können uns solange neutral nennen als wir es in Wirklichkeit nicht mehr sind und zu konkretem sicherheitspolitischem Engagement bereit sind.

VERTRAULICH

- 10 -

### 3.6. Diverses

- Die WEU plant/erhofft einen Ausbau ihrer Tätigkeit im Bereich der Satellitenaufklärung. Als erster Schritt wird die gemeinsame Ausbildung von Photo- und anderen Auswertern angestrebt. Ein zweiter Schritt wäre die gemeinsame Auswertung von Aufnahmen und anderen Satellitenerkenntnissen. Der dritte und letzte Schritt wäre die gemeinsame Beschaffung und der gemeinsame Betrieb von Satelliten (abgestützt auf die entsprechenden britischen und französischen Kapazitäten und wohl auf deutsches Geld). Entscheide sind hier aber noch nicht gefallen. Man erhofft sich für Juni allenfalls erste Vorentscheide.
- Vize-Luftmarschall Woodford hat ganz unzweideutig erklärt, dass nach der Erfahrung des Golfkrieges klar sei, dass nur noch die USA über wirklich ausgerundete und moderne Luftstreitkräfte verfügten. Grossbritannien habe gemeint, es habe eine moderne Luftwaffe, sehe sich aber nun klar deklassiert. Die UdSSR habe nicht im entferntesten die Mittel der USA. Der Golfkrieg sei hier eine einschneidende Zäsur.
- Wirkliches Interesse, ob wir ein neues Kampfflugzeug beschaffen oder nicht, war nieregends festzustellen, wenn diese Frage gestellt wurde. Das Interesse an unserem Land konzentriert sich ganz klar auf die Frage der Zukunft der Neutralität.



Dr. Theodor H. Winkler  
Delegationsleiter

Beilagen: erwähnt